

Newsletter von Dr. Timm Kern

Landtagsabgeordneter für den Landkreis Freudenstadt
stv. Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion



www.timm-kern.de | Sommer 2017

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger,

etwas mehr als ein Jahr ist die grün-schwarze Landesregierung nun im Amt – Anlass, um aus meiner Sicht eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

Positiv kann vermerkt werden, dass die neue Regierung gravierende Fehlentscheidungen von Grün-Rot etwa im Bereich der Polizei und der Bildungspolitik korrigiert.

Die Polizeireform wird evaluiert und nachgebessert. Dazu habe ich mich u. a. mit der Deutschen Polizeigewerkschaft ausgetauscht, um mich zu informieren und mich für eine Nachbesserung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Freudenstadt und auch der Polizistinnen und Polizisten einsetzen zu können (siehe S. 11).

Innenminister Strobl (CDU) kann dank sehr guter Konjunktur mehr Förderbescheide für den Breitbandausbau verschicken. Ich vermisse allerdings noch die zukunftsentscheidenden Projekte der angekündigten „Digitalisierungsoffensive“. Sind unsere Schulen technisch und personell in der Lage, junge Menschen zu einem kompetenten und verantwortlichen Umgang mit digitaler Technik auszubilden? Wann bieten Behörden flächendeckend Dienstleistungen online an und geben den Menschen Wartezeiten in den Amtsstuben zurück? Versetzt die Politik unsere Polizei und Justiz in die Lage, Bürgerinnen und Bürger, kleine und große Unternehmen vor Internetkriminalität zu schützen und Täter zu fassen?

Auch diesem Thema habe ich mich in den vergangenen Wochen bei mehreren Besuchen vor Ort gewidmet (siehe S. 5, 6 und 7) und zum Thema „Cybersicherheit“ eine Anfrage an die Landesregierung gestellt (siehe S. 7). Denn: Baden-Württemberg darf die Chancen der Digitalisierung nicht verpassen, wie auch mein Landtagskollege Prof. Dr. Erik Schweickert im Interview (S. 8/9) darlegt. Gleichzeitig müssen aber auch die Gefahren der Cyberkriminalität sehr ernst genommen werden.

Im Bildungsbereich zeigt sich erneut, dass unser Land am Mangel eines überparteilichen Schulfriedens leidet. Der Absturz unseres Landes bei der IQB-Bildungsstudie belegt, dass die quälenden Strukturdebatten der vergangenen Legislatur der Qualität unserer Bildung geschadet haben. Leider hat auch die CDU-Kultusministerin bislang kein Konzept für einen Schulfrieden vorgelegt. Ich werde mich auch in Zukunft weiter für mehr Freiheit und Eigenverantwortung für die Schulen vor Ort einsetzen.

Mit dem Kreisverband Calw/Freudenstadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft habe ich mich getroffen, um über die Situation im Landkreis zu sprechen (siehe S. 4). Leider fehlen vor Ort neben Pädagogen auch viele Rektoren und Rektorinnen. Aus meiner Sicht müssen die Arbeitsbedingungen von Schulleitern verbessert werden, indem man sie z. B. von bürokratischen Aufgaben entlastet.

Die Landesregierung lobt sich derweil selbst. Allerdings sind ihre Erfolge aus Sicht der FDP noch sehr überschaubar. Die Menschen in unserem Land leisten jeden Tag in Familie, Beruf und Ehrenamt Großartiges und erwarten mit Recht dasselbe von der Politik. Das Zeugnis einer baden-württembergischen Regierung darf aber nicht nur „ausreichend“ oder „befriedigend“ sein, sondern muss moderne Politik dokumentieren und die notwendigen Reformen mutig anpacken.

Ihnen wünsche ich eine gute Sommerzeit und erholsame Urlaubstage im Kreis Ihrer Lieben.

Herzliche Grüße

Ihr Timm Kern, Landtagsabgeordneter für den Landkreis Freudenstadt

In dieser Ausgabe

Arbeitende Mitte gehört ins Zentrum der politischen Debatte

Seite 2

Timm Kern unterwegs

Seite 3

Gründlichkeit vor Schnelligkeit im Bildungsbereich

Seite 4

„Junge Menschen zu verantwortungsvollem Umgang mit neuer Technik befähigen“

Seite 5

IT-Sicherheit darf kein Luxusgut großer Firmen sein

Seite 6

Dr. Timm Kern dankt „erfi“ für Erhalt der Arbeitsplätze

Seite 7

Interview mit Prof. Dr. Erik Schweickert, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Landtags

Seite 8/9

„Wir brauchen Menschen, die nicht nur sagen, was getan werden müsste, sondern auch anpacken“

Seite 10

Polizeigewerkschaft und FDP im Urteil über Polizeireform einig

Seite 11

„DIE Werkstatt“ verbindet ökologische Verantwortung und marktwirtschaftliche Vernunft

Seite 12

Arbeitende Mitte gehört ins Zentrum der politischen Debatte

Mittelstandsbetrieb „Dobergo“ beschäftigt in Betzweiler 100 Menschen und baut Erweiterung

Kern: „Arbeitende Mitte muss ins Zentrum der politischen Debatte“

Matthias Stempel: Infrastruktur durch Kreisverkehr verbessern

„Wir bekennen uns klar zum Standort Betzweiler und auch unsere Mitarbeiter ziehen bei diesem Großprojekt an einem Strang.“ Der Juniorchef des inhabergeführten Familienunternehmens „Dobergo“ in Betzweiler, Matthias Stempel, sieht aber auch dringenden Handlungsbedarf in der Infrastruktur. So solle die unfallträchtige Abzweigung von der L 408 in

den Ort Betzweiler mit einem Kreisverkehr versehen werden. Außerdem könnte dieser die Einfahrt ins Gewerbegebiet gerade und mit weniger Gefälle anbinden, sodass LKWs im Winter nicht mehr so leicht hängen bleiben und dann die einzige Zufahrt versperren. Innerhalb des Gewerbegebietes kommt es auf den zu schmalen Straßen oft zu LKW-Staus, was sich nach Stempels Einschätzung mit einer Einbahnstraßenregelung ohne Verbreiterung verhindern ließe.

Beim Firmenbesuch des Landtagsabgeordneten Dr. Timm Kern machte der Unternehmer deutlich, dass ökonomischer Protektionismus Arbeitsplätze und Wachstum kosten würde: „Unser Exportanteil liegt derzeit bei fast 50 % und wir profitieren maßgeblich von zollfreien Schranken und dem Euro. Selbst in Südamerika wird dieses Zahlungsmittel geschätzt und akzeptiert“, erklärte Matthias Stempel. Mit dieser Haltung sah sich der FDP-Politiker bestärkt, auch die kleinen und mittelgroßen Betriebe in seinem Wahlkreis aufzusuchen. „Sie sind die Hidden Champions und Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie als arbeiten-

de Mitte gehören ins Zentrum der politischen Debatte“, sagte Kern.

„Dobergo“ plant und produziert qualitativ hochwertige Büro- und Objektmöbel sowie Glastrennwandsysteme, bietet Arbeit für 100 Menschen und hat durch einen Anbau in 2016 die Produktionsflächen erweitert. Die zusätzlichen Büro- und Ausstellungsflächen durch die Erweiterung sind kurz vor der Fertigstellung. Auf die Frage des Landespolitikers, ob er genügend Fach- und Ausbildungspersonal gewinnt, antwortete Stempel differenziert: „Für die kaufmännischen Berufe und das Duale Studium erhalten wir viele gute Bewerbungen. Wir bilden aber auch Schreiner aus und haben seit Jahren große Schwierigkeiten, junge Menschen dafür zu begeistern.“ Diese Situationsbeschreibung des Fachkräftemangels trifft auf viele Unternehmen im Wahlkreis zu. Darum erneuerte Dr. Timm Kern sein Plädoyer für die berufliche Bildung: „Das Handwerk und die berufliche Bildung

„Unser Exportanteil liegt derzeit bei fast 50 % und wir profitieren maßgeblich von zollfreien Schranken und dem Euro.“

Matthias Stempel, Dobergo

„Kleine und mittelgroße Betriebe sind die Hidden Champions und Leistungsträger unserer Gesellschaft.“

Dr. Timm Kern

sind weltweit geachtete Qualitätssiegel, die für jeden Jugendlichen optimale Aufstiegs- und Zukunftschancen bietet.“



Dr. Timm Kern mit Matthias Stempel bei Dobergo

Unternehmen und Betriebe in Baden-Württemberg nach Beschäftigtengrößenklassen

Beschäftigtengröße nach Mitarbeiterzahl	Unternehmen (Anzahl)	Beschäftigte in Unternehmen
0-9	451.273	543.560
10-49	36.681	732.193
50-249	8.402	855.367
250 und mehr	2.058	1.971.786

Quelle: Statistisches Landesamt BW, 2014; <http://bit.ly/2r5BpN6>



Timm Kern unterwegs



Patenschaft für Schülermusical von Conny Conrad

Das Musical, das von dem Weitingen Komponisten und Musiker Conny Conrad geschrieben wurde, wird jetzt erstmals am Carl-Friedrich-Gauß-Gymnasium in Hockenheim umgesetzt. Dr. Timm Kern: „Es ist eine große Ehre für mich, Pate für das Musical Atlantis und das Schülerprojekt sein zu dürfen. Das Projekt ist in seiner Art einzigartig und ich hoffe, dass ich mit meiner Patenschaft dazu beitragen kann, dass diese Uraufführung als Vorbild für andere Schulen dient, dieses Musical umzusetzen.“

Podiumsdiskussion auf der Bildungsmesse Didacta

Auf der jährlichen Bildungsmesse Didacta in Stuttgart saß Dr. Timm Kern auf dem Podium des Verbandes Bildungsmedien e.V. zum Thema „Wohin mit der Gemeinschaftsschule?“. Dr. Timm Kern zur Diskussion: „Ich habe mich erneut für ein vielfältiges, gegliedertes Bildungswesen und einen fairen Wettbewerb zwischen den jeweiligen Schularten eingesetzt. So vielfältig wie die Talente und Begabungen unserer Kinder muss auch unsere Schulstruktur in Baden-Württemberg sein.“



Besucherguppe „Lebendiges Empfangen“

Im März besuchte der „Kulturkreis lebendiges Empfangen“ Dr. Timm Kern und Norbert Beck im Landtag. Nach dem Besuch der Plenarsitzung gab es die Möglichkeit, den Abgeordneten Fragen zu stellen. Passend zum vorangegangenen Weltfrauentag diskutierten sie u. a. die Frage, warum so wenige Frauen in den Parlamenten/politischen Gremien sitzen. Dr. Timm Kern sprach sich für mehr Frauen in der Politik aus: „Wir brauchen dringend auch die weiblichen Stimmen in den politischen Gremien.“

Landtagsbesuch der Horber Realschüler

Mit vielen Fragen im Gepäck reisten die Schülerinnen und Schüler nach Stuttgart. Neben persönlichen Fragen an den Abgeordneten Dr. Timm Kern, wie beispielsweise nach seiner größten Herausforderung, kamen vor allem auch Fragen zu kommunalen und landespolitischen Themen. Einige Schülerinnen und Schüler bemängelten zu schlechte Internetanbindungen und zu wenige ÖPNV-Verbindungen.

Dr. Timm Kern ermunterte die Jugendlichen, sich in die Politik einzumischen: „Nie war es so einfach für Jugendliche, sich an die politischen Vertreter zu wenden. Fast jeder Politiker ist mittlerweile über Social Media Netzwerke oder einfach per Mail zu erreichen.“



Mehr zu den Besuchen vor Ort finden Sie unter: <http://www.timm-kern.de/wahlkreis/>

Gründlichkeit vor Schnelligkeit im Bildungsbereich

Landtagsabgeordneter Dr. Timm Kern tauscht sich mit GEW-Kreisverband CW/FDS aus

Überstürzte Einführung der Gemeinschaftsschule führt zu Belastung von Lehrkräften

Rektorin der Grundschule Altburg fordert kritische Prüfung von frühem Einschulungstermin

„Gründlichkeit vor Schnelligkeit hätte bei der Einführung der Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg gelten müssen.“ Bei seinem Austausch mit dem Kreisverband Calw/Freudenstadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kritisierte der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern die überstürzte Einführung der neuen Schulart durch die

„Auch im Kreis Freudenstadt gelingt es nicht überall, die nötigen Pädagogen zu finden.“

Angelika Kistner, GEW Freudenstadt

grün-rote Landesregierung in 2012. Er antwortete damit auf Erfahrungsberichte von Angelika Kistner, der GEW-Kreisvorsitzenden, die sagte: „Viele Lehrer berichten uns von den enormen Belastungen an den Gemeinschaftsschulen, die auch auf unzureichende Fortbildungsmaßnahmen und Lehrmaterialien zurückgehen.“ Der Bildungsexperte der FDP-Landtagsfraktion betonte, dass er die neue Schulart als „Ergänzung und nicht als Ersatz des vielgliedrigen Bildungssystems“ bejahe. Im GEW-Kreisverband sind 1100 Mitglie-

der organisiert. Bei dem Austausch in Kerns Horber Wahlkreisbüro thematisierten Angelika Kistner und die Stellvertreterin Angelika Holzhauer den Mangel an Lehrkräften im ländlichen Raum: „Auch im Kreis Freudenstadt gelingt es nicht überall, die nötigen Pädagogen zu finden. Das führt beispielsweise zur Zusammenlegung von Klassen und stärkerer Belastung des Schulpersonals“, sagte Angelika Kistner. Für diesen Erfahrungsbericht aus der Praxis dankte Dr. Timm Kern, der in einer Anfrage an das Kultusministerium vom Herbst 2016 die Lehrerversorgung thematisierte: „Das Stuttgarter Ministerium sah bei uns so gut wie keine Probleme in der Lehrerversorgung. Umso wichtiger ist es, die Einschätzung der Pädagogen vor Ort zu kennen.“ Sowohl Kistner als auch Angelika Holzhauer begrüßten Kerns Vorschlag von Verwaltungsassistenten zur Entlastung der Schulleitungen.

„Die Schulführungen müssen von Bürokratie entlastet werden, um Zeit für die pädagogische und qualitative Fortentwicklung der Bildungshäuser zu gewinnen“, erklärte der Abgeordnete. Angelika Holzhauer bat den FDP-Bildungspolitiker abschließend, den Einschulungszeitpunkt kritisch zu prüfen. „Der Stichtag für die mögliche Einschulung wurde vom 30. Juni auf den 30. September gelegt. Dadurch kommen deutlich jüngere Kinder in die Grundschulen, was häufig zu einer Überforderung dieser Kinder führt.“ Nach ihrer Meinung haben andere Bundesländer mit der späteren Einschulung bessere Erfahrungen gemacht.

„Die Schulführungen müssen von Bürokratie entlastet werden, um Zeit für die pädagogische und qualitative Fortentwicklung der Bildungshäuser zu gewinnen“

Dr. Timm Kern



Dr. Timm Kern im Gespräch mit den GEW-Vertreterinnen Angelika Holzhauer und Angelika Kistner

Pressemitteilung: Schulverwaltungsassistenz ausbauen | Stuttgart, 15. März 2017

Die von der Lehrgewerkschaft reklamierten Verbesserungen für die Arbeit von Schulleitern findet bei Dr. Timm Kern, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, vorbehaltlose Unterstützung:

„Die GEW kritisiert zu Recht die grün-schwarze Apathie, wenn es darum geht, Führungskräften an Schulen ange-

messene Arbeitsbedingungen einzuräumen. Gezielte Personalentwicklung, die in Wirtschaft und Industrie längst gängige Praxis ist, findet in den Schulen kaum ein vergleichbares Pendant. Weder die Bezahlung noch die Gestaltungsmöglichkeiten sind attraktiv genug, das drängende Nachwuchsproblem zu lösen.

Die FDP-Fraktion plädiert seit langem

dafür, Schulleiterposten als das zu begreifen, was sie sind: Managerposten im Interesse der Bildung unserer Kinder. Wir fordern deshalb, das Modellprojekt zur Schulverwaltungsassistenz auszubauen. Ziel muss sein, dass jede Schule Unterstützung durch einen Schulverwaltungsassistenten beziehungsweise eine Schulverwaltungsassistentin erhält.“

Mehr unter www.fdp-dvp.de

„Junge Menschen zu verantwortungsvollem Umgang mit neuer Technik befähigen“

Dr. Timm Kern zum Firmengespräch bei der „reflecta GmbH“ in Eutingen

Geschäftsführer Dieter Schock fordert mehr Investitionen in digitale Infrastruktur

„Gemessen an der Wirtschaftskraft hinkt Deutschland im europäischen Vergleich bei den Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur deutlich hinterher.“ Diese Kritik von Dieter Schock, Geschäftsführer der „reflecta GmbH“ in Eutingen, stand im Mittelpunkt des Firmenbesuchs von Dr. Timm Kern. Der Landtagsabgeordnete besichtigte den 30-Mitarbeiter-Betrieb, der 2015 aus dem benachbarten Ergenzingen nach Eutingen umsiedelte. Die ausschlaggebenden Gründe für den **Neubau** am „Neuen Bahnhof“ waren die gute **Verkehrsanbindung**, aber auch ein leistungsfähiger Glasfaseranschluss. Um dem **Fachkräftemangel** vorzubeugen, bildet das Unternehmen auch aus. „Wir sind stolz, dass wir bislang alle Auszubildenden zu einem

erfolgreichen Berufsabschluss führen konnten“, sagte Prokuristin Anke Heckel. Das Unternehmen bietet Produkte zur Digitalisierung von Bild- und Tonmaterial. Aber auch Nachtsichtgeräte, Leinwände, digitale Bilderrahmen und Zubehör sind Bestandteil des Angebots.

Die Erfolge der Europäischen Union sind auch für den Betrieb in Eutingen unstrittig. Ein maßgeblicher Teil des Umsatzes stammt aus dem **EU-Binnenmarkt**, berichtete Dieter Schock. Jedoch erschweren übertriebene **Meldeaufwendungen**, **Arbeitszeitdokumentationen** und **Zollauskünfte** die **eigentliche Wertschöpfungsarbeit**. „Trotz zahlloser politischer Ankündigungen spüren wir vom Bürokratieabbau nichts“, stellt der Geschäftsführer klar. Für den FDP-Politiker ist das Gebot der Stunde, nicht die EU insgesamt in Frage zu stellen, sondern die Institutionen und Prozesse so zu reformieren, dass die

Menschen noch stärker davon profitieren.

Neben der Bildung verantwortet Dr. Timm Kern auch das Thema Digitalisierung für die Landtagsfraktion der Freien Demokraten. Aus seiner Sicht ist es entscheidend, „die digitale Revolution nicht nur im Stuttgarter Landtag theoretisch zu bearbeiten, sondern von den Akteuren aus der Praxis Rückmeldungen zu bekommen.“ Dieter Schock gab ihm mit auf den Weg, dass

„Die Talente junger Menschen sind unser wichtigster Rohstoff.“

Dr. Timm Kern

Deutschland mehr in die digitale Infrastruktur an Schulen investieren müsse: „Es ist gravierend, dass wir als stärkste Volkswirtschaft Europas bei den Bildungsinvestitionen nicht Spitze sind.“ Die Kritik stieß bei Dr. Timm Kern auf offene Ohren. Er ist davon überzeugt, dass Deutschland insgesamt zu wenig Mittel in sein Bildungssystem steckt: „Die Talente junger Menschen sind unser wichtigster Rohstoff. Im Wandel des digitalen Zeitalters müssen wir Kinder und Jugendliche befähigen, die Technik kreativ und verantwortungsvoll nutzen zu können.“

„Trotz zahlloser politischer Ankündigungen spüren wir vom Bürokratieabbau nichts“

Dieter Schock, reflecta GmbH



Anke Heckel, Dr. Timm Kern und Dieter Schock, reflecta

Bundestagswahlprogramm der Freien Demokraten 2017



Digitalisierung eröffnet großartige Möglichkeiten für weltbeste Bildung: Für individuelles Lernen den eigenen Bedürfnissen und Talenten gemäß. Für neue Methoden, die zu den unterschiedlichsten Lebensentwürfen passen. Für eine neue Qualität von Bildung. Machen wir endlich davon Gebrauch!

Wir Freie Demokraten wollen in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren. Neue Technologien und Methoden bieten Raum für Kreativität und Neugier und werden immer wichtiger für spätere Berufe. Um diese Chancen zu nutzen, brauchen Kinder Anleitung in Schulen mit entsprechender Ausstattung. [...] Die Länder werden dafür in die Pflicht genommen, die digitale Bildung als festen Bestandteil in der Lehreraus- und Weiterbildung zu verankern und die Lehrerinnen und Lehrer fit zu machen im Umgang mit und beim Einsatz neuer digitaler Medien.

Das ganze Programm hier: <http://bit.ly/2pEn63U>

IT-Sicherheit darf kein Luxusgut großer Firmen sein

Dr. Timm Kern tauscht sich mit örtlichen Unternehmen über Internetkriminalität aus

Hacking-Angriffe und Spammails treffen auch kleine und mittelgroße Betriebe

„Bislang hecheln die staatlichen Institutionen den Anforderungen hinterher. IT-Sicherheit darf in Baden-Württemberg aber kein Luxusgut großer Firmen, sondern muss wirtschaftspolitisches Kernanliegen der Landesregierung sein.“ Der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern antwortete mit diesen Worten auf die Schilderungen mehrerer Unternehmen aus dem Landkreis Freudenstadt, die ihm von Internetangriffen berichtet wurden.

In der Bayersbronner Firma „Werbeform GmbH“ sprach der Abgeordnete mit Geschäftsführer Thomas Späth, FDP-Bundestagskandidat Dr. Lutz Hermann und den Unternehmern Uwe Lange von „Südplast“ in Bayersbronn, Jürgen Keller von

„Media-Seven“ in Freudenstadt und Günther Keck von „Audax-Keck“ in Calw.

Die Unternehmer berichteten von gehackten Webseiten, die mit fehlerhaften Inhalten und strafrechtlich relevanten Verlinkungen bestückt wurden. Auch manipulierte Buchungsaufträge oder die Zunahme von Spammails sind für sie ein Indiz, dass kleine und mittelständische Betriebe Ziel von Kriminellen und Wirtschaftsspionage werden.

Thomas Späth brachte einen Vor-

fall zur Anzeige. Die Polizei verwies auf das fehlende Personal zur Bearbeitung dieser Fälle und die schwierige Strafverfolgung über Ländergrenzen hinweg. „Ich kann nicht akzeptieren, geschädigt zu werden, ohne dass Strafverfolgungs-

behörden der Sache nachgehen“, sagte Thomas Späth. Diesen Anspruch an den Rechtsstaat betrachtet Dr. Timm Kern als überlebensnotwendig für die Unternehmen und bekräftigte, „dass Maßnahmen zur IT-Sicherheit den Rahmen bilden müssen, in dem eine faire Marktwirtschaft auch in der globalisierten Welt möglich ist.“ Dabei ist für ihn klar, dass die Staaten der Europäischen Union Sicherheitsinformationen austauschen und länderübergreifende Strafverfolgung angehen müssen.

Den Gesprächspartner sagte der FDP-Sprecher für Digitalisierung abschließend zu, parlamentarische Initiativen zur IT-Sicherheit zu ergreifen und Informationen von den zuständigen CDU-Ministern für Inneres und Wirtschaft einzufordern.

„Ich kann nicht akzeptieren, geschädigt zu werden, ohne dass Strafverfolgungsbehörden der Sache nachgehen“

Thomas Späth, Werbeform GmbH



Landesregierung und Teile der Wirtschaft müssen mehr gegen Cyberangriffe tun

Pressemitteilung zur Bedrohung von Cyberangriffen auf Firmen | Stuttgart, 27. April 2017

Kooperationen sind auszubauen, weitere Standards festzulegen, Angriffe müssen angezeigt werden

Zur Feststellung von Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen, dass die wachsende digitale Vernetzung mit einer zunehmenden Gefahr von Cyber-Angriffen auf die deutsche Wirtschaft einhergehe, sagten der rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Nico Weinmann** und der Sprecher der Frakti-

on für Digitales, **Dr. Timm Kern**:

„Die Aussagen des Verfassungsschutzes sind richtig. Sie müssen von der Politik in Bund und Land aber auch von Teilen der Wirtschaft deutlich ernster genommen werden. Angesichts der für unseren Wirtschaftsstandort elementaren Bedeutung der Digitalisierung und des Schutzes von Innovationen spielen Deutschland und Baden-Württemberg mit ihrer wirtschaftlichen Zukunft, wenn Wirtschaft und Infrastruktur nicht konsequent vor Cyberangriffen geschützt werden.

In Baden-Württemberg ist das auch für den Schutz vor Cyberangriffen zuständige Landesamt für Verfassungsschutz jedoch personell weiter unterbesetzt. Die Kooperation von Wirtschaft und Behörden muss deutlich ausgebaut werden. Einheitliche Standards im Schutz vor Cyber-Angriffen und eine Kultur der Anzeige von Angriffen, zumindest gegenüber den Sicherheitsbehörden, sind notwendig.“

Mehr unter www.fdp-dvp.de

Dr. Timm Kern dankt „erfi“ für Erhalt der Arbeitsplätze

Dr. Kern besichtigt wiederaufgebauten Betrieb in Freudenstadt

Industrie 4.0 ermöglicht Produktionssteigerung und erfordert Cyber-Schutz

Einzigste Wachstumsbremse ist Fachkräftemangel



Die einzige Wachstumsbremse für das Freudenstädter Unternehmen „erfi Ernst Fischer GmbH+Co.KG“ ist fehlendes Fachpersonal. Ansonsten befindet sich der Betrieb nach der verheerenden Brandkatastrophe auf einem sehr guten Weg. Davon überzeugten sich Landtagsabgeordneter Dr. Timm Kern und FDP-Bundestagskandidat Dr. Lutz Hermann bei einem Firmenbesuch. „Durch Produkte, die in Technik und Steuerung weltweit unangefochten sind, haben wir unsere Position als Marktführer im Bereich der Elektronikkaborsysteme gefestigt“, sagte der geschäftsführende Gesellschafter Andreas Fischer. Maßgeblichen Anteil daran tragen die rund 110 Angestellten des 1955 gegründeten Unternehmens: „Als mittelständischer Familienbetrieb wissen wir die Innovationskraft unseres Teams zu schätzen.“

Im Januar 2016 brannten große Teile der Möbelproduktion ab. Statistisch betrachtet, bilanzieren weniger als die Hälfte aller brandgeschädigten Unternehmen in dem Folgejahr. Deshalb sprachen Timm Kern und Lutz Hermann ihre Anerkennung für den Wiederaufbau der Firma aus. „Sie und Ihre Mannschaft haben sich nicht unterkriegen lassen und einen be-

eindruckenden Neustart hingelegt. Danke, dass Sie die Arbeitsplätze erhalten haben“, sagten sie.

Ein bereits vor dem Brand geplanter Neubau mit einer Gesamtfläche von 2.200 Quadratmetern beinhaltet ein modernes Kundencenter sowie eine nahezu freitragende Produktionshalle.

Die Fertigstellung ist für Ende des Jahres 2017 geplant.

Durch die Investition in die neueste Maschinenteknik ist der gesamte Produktionsprozess nun vom Verkaufsprozess bis zur Endmontage digitalisiert.

„Als mittelständischer Familienbetrieb wissen wir die Innovationskraft unseres Teams zu schätzen.“

Andreas Fischer, erfi

Damit kommen auch Herausforderungen im Bereich der Internetsicherheit auf. Der Abgeordnete Kern nahm den Cyber-Schutz von kleinen und mittelständischen Betrieben zum Anlass für eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung, deren Ergebnisse noch ausstehen. Auch mit dem bereits eingeführten Prozess der „Industrie 4.0“ benötigt Andreas Fischer in Montage, Instandhaltung und Vertrieb weiterhin gut ausgebildetes Fachpersonal. „Wir wollen gerade im Bereich Holzverarbeitung, Mechanik und Elektronik noch mehr Menschen ausbilden und einstellen“, sagte der geschäftsführende Gesellschafter.

Landtagsdrucksache 16/2076 | Antrag: Cybersicherheit in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen zu berichten,

- welche Erkenntnisse ihr über das Ausmaß von Cyberangriffen in Form von Spionage in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der öffentlichen Verwaltung und Angriffen auf Infrastrukturen in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren vorliegen, aufgezeigt anhand der jährlichen Zahlen der Angriffe in den verschiedenen Bereichen, den Zielen der Angreifer, der Verursacher, des Ausmaßes der Schäden, der Dauer der Angriffe, der Dauer der Abwehr;
- in welchem Umfang in den vorgenannten Fällen staatliche Stellen tätig wurden;
- welche Bereiche von Wirtschaft, Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung und Infrastruktur nach ihrer Kenntnis besonders von Angriffen betroffen sind;
- wie gut kleine, mittelständische und große Unternehmen im Land nach ihr vorliegenden Erkenntnissen im Bereich der Cybersicherheit bzw. im Schutz vor Wirtschaftsspionage nach ihrer Kenntnis ausgestattet sind;
- wie sich die Personalsituation bei der Polizei und dem Landesamt für Verfassungsschutz im Bereich der Cybersicherheit derzeit gestaltet, ob diese für die Bewältigung der Aufgaben für ausreichend erachtet wird und ob diesbezüglich in naher Zukunft mit einer personellen Aufstockung zu rechnen ist;

Der ganze Antrag und die zum Redaktionsschluss ausstehende Antwort des Innenministeriums unter: <http://bit.ly/2swJ6Md>.

INTERVIEW mit Prof. Dr. Erik Schweickert,

Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Landtag

Die Anzahl der Gründer ist laut KfW-Gründermonitor 2017 auf einem neuen Tiefstand. Worin sehen Sie die Ursachen? Was sind Ihre Vorschläge, um mehr Menschen zur Gründung eines Unternehmens zu motivieren?

PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT: Viele Menschen mit einer tollen Idee trauen sich nicht, den Versuch eines eigenen Unternehmens zu starten. Und diejenigen, die sich trauen, werden mit bürokratischen Anforderungen überhäuft. Diese Hemmnisse müssen wir abbauen. Einerseits müssen wir eine „Kultur des Scheiterns“ etablieren, also dass eine gescheiterte Unternehmensgründung nicht zu einem Stigma wird. Andererseits müssen wir die Gründer insofern entlasten, dass Sie sich mit ihrem Unternehmen und nicht mit Formularen und Behörden beschäftigen. Da hat ein junges Unternehmen gerade ein paar Mitarbeiter und muss sich mit Mindestlohndokumentation und Bildungszeitgesetz auseinandersetzen. Eine Lösung kann hier etwa ein erstes bürokratiefreies Jahr sein. Außerdem müssen wir die Unternehmensgründung auch den Menschen nahe bringen z. B. bei der Berufsorientierung in Schulen oder an den Hochschulen des Landes.

Die Digitalisierung bringt eine enorme Umwälzung der Wirtschaft mit sich und stellt viele kleine und mittelständische Unternehmen auch vor große Herausforderungen. Welche Chancen der Digitalisierung sehen Sie für die Wirtschaft in Baden-Württemberg? Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen für die Unternehmen und was kann die Politik tun?

PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT: Die Digitalisierung ist ein wichtiges Thema für die Wirtschaft Baden-Württembergs in verschiedenster Form. Hierdurch werden Arbeitsvorgänge effizienter gestaltet und Personal entlastet. Damit unsere Wirtschaft bei dieser Entwicklung nicht abgehängt wird, muss die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Hierzu gehört einer-

seits die Bereitstellung einer digitalen Infrastruktur. Andererseits zeigt uns die schnelllebige Entwicklung im Bereich der Digitalisierung, wie wichtig es ist, unsere Arbeitszeitgesetzgebung an die Anforderungen einer modernen Dienstleistungs- und Produktionsgesellschaft anzupassen. Unsere Fraktion hat hierzu mittlerweile drei Anträge gestellt, dennoch kommen die Regierungsfaktionen nicht in Gang. Unser Anliegen ist eine Anhörung durchzuführen, um den betroffenen Verbänden, von den Gewerkschaften über Sozialverbänden bis zur Wirtschaft, die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Politik muss hier schnellstmöglich Lösungen finden, damit Baden-Württemberg bei der digitalen Entwicklung nicht abgehängt wird.

Das Arbeitszeitengesetz stellt gerade in den Sommermonaten viele Arbeitgeber vor eine große Herausforderung. Beispielsweise müssen Arbeitgeber danach den Arbeitnehmern ununterbrochene Ruhepausen von elf Stunden einräumen. Welche Rückmeldungen bekommen Sie aus der Praxis zu dieser Gesetzgebung und wo besteht aus liberaler Sicht Nachbesserungsbedarf?

PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT: Die Wirtschaft drängt bereits seit Monaten auf mehr Flexibilität, die aktuellen Regelungen sind besonders in Saisonbetrieben der Gastronomie und der Landwirtschaft nicht mehr praxisgerecht. Es kann nicht sein, dass Gaststätten ihre Öffnungszeiten reduzieren müssen und Landwirte Probleme haben, die Erntearbeit zu organisieren, nur um dem Gesetz zu entsprechen. Dabei geht es nicht um eine Erhöhung der Arbeitszeit, sondern darum, sie flexibler und bedarfsgerechter einzuteilen, zum Beispiel über eine sogenannte Wochenarbeitszeit. Eine Veränderung würde nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgen, sondern im Konsens mit ihnen. Man weiß, dass auch sie Interesse an einer Flexibi-



PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT

Prof. Dr. Erik Schweickert sitzt seit 2016 für den Wahlkreis Enz im Landtag von Baden-Württemberg. Er ist Vorsitzender des Landtagsausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau und Mitglied im Ausschuss Europa und Internationales. In der FDP/DVP-Landtagsfraktion fungiert er als Sprecher für Mittelstand, Handwerk, Tourismus und Europa. Nebenbei ist er noch als Professor für Internationale Weinwirtschaft an der Hochschule Geisenheim tätig. Zuvor war Prof. Dr. Schweickert von 2009-2013 Mitglied des 17. Deutschen Bundestages.

lisierung haben, die ihnen mehr Freiheit bei der Wahl von Arbeitszeit und –ort einräumen würde. Außerdem würde dies die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Viele Ausbildungsplätze in Mittelstand und Handwerk bleiben unbesetzt oder können nicht mit qualifizierten Bewerbern besetzt werden. Andererseits erfährt Baden-Württemberg für die duale Ausbildung international Anerkennung. Sie gilt als Garant für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Was muss passieren, dass wieder mehr junge Menschen eine Ausbildung als ihre Chance sehen?

PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT: Die derzeitige Entwicklung ist alarmierend. Hierbei geht es nämlich nicht nur um die Ausbildung von Fachkräften in den Betrieben, sondern auch um die Zukunft der Handwerksbetriebe und mittelständischen Unternehmen, die Nachfolger suchen. Auch wenn uns das Ausland um die duale Ausbildung beneidet, müssen wir innerhalb Deutschlands an der Wertschätzung arbeiten. Nach dem Motto „Ein Meister ist so viel wert wie ein Master“ muss gerade jungen Menschen na-

hegebracht werden, dass nicht das Studium allein der Weg zu einer qualitativ hochwertigen Berufsqualifikation ist.

In diesem Zusammenhang sind auch die Ausbildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu diskutieren. Hier macht Prof. Dr. Berthold Leibinger (Firma Trumpf) den Vorschlag eine Sprach- und Berufsausbildung zu kombinieren. Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für die Ausbildung. Entscheidend ist, Sprach- und Berufsausbildung miteinander zu vernetzen. Hier hat die ehemalige Landesregierung große Defizite zu verantworten. Die jetzige ist daher dringend aufgefordert – in Absprache mit der Wirtschaft – jungen Menschen mit Migrationshintergrund neue Wege der Integration ins Berufsleben zu eröffnen.

Im September des vergangenen Jahres hat der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat eine Einigung zur Reform der Erbschaftsteuer erzielt. Auch Unternehmen unter 20 Mitarbeitern müssen jetzt nachweisen, dass sie Betriebe und Arbeitsplätze erhalten. Lediglich Unternehmen mit weniger als 5 Mitarbeiter sind befreit. Gerade in Baden-Württemberg gibt es viele kleine und mittelständische Familienbetriebe, die unter diese Regelung fallen. Welche Folgen sehen Sie für die Zukunft und wie würden die Freien Demokraten das System ändern?

PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT: Wir sind deutschlandweit das Land der Familienunternehmen. Diese haben auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gezeigt, dass sie Arbeitsplätze erhalten und ihre Steuern hier bezahlen. Es ist enttäuschend, dass diese Leistung bei der Union, der SPD und den Grünen keine Wertschätzung findet. Die Fortführung zahlreicher Familienunternehmen wird durch diese Regelungen erheblich erschwert. Das wird viele Arbeitsplätze in Baden-Württemberg betreffen.

Ich plädierte für eine Lösung ohne bürokratische Fesseln. Abschaffung der Verschonungstatbestände und Privilegien, dafür dann aber ein günstiger Steuersatz als Flat-Tax ab einem Wert von einer Million Euro auf alles, was vererbt wird, so die Forderung der FDP. Eine solche Regelung ist gerecht, weil sie keine Ausnahmen kennt und darüber hinaus die Rechtsunsicherheit nimmt. Damit wäre

auch die Forderung des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, nachdem Gleiches gleich besteuert werden muss.

Sie haben als europapolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagfraktion die französische Präsidentenwahl und die Neuwahlen in Großbritannien als entscheidend für Europa bezeichnet. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden und was glauben Sie, in welche Richtung Europa sich in den kommenden Jahren entwickeln wird?

PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT: Bei der Präsidentenwahl in Frankreich hat ein Proeuropäer gewonnen. Das war für Europa ein Grund aufzuatmen. Nachdem nun auch im Parlament seine Bewegung En Marche eine Mehrheit hat, kann man gespannt sein, ob Macron sein innenpolitisches Reformprogramm nun durchsetzt. Fragwürdig sind seine europapolitischen Vorschläge. Gemeinsames Finanzministerium der Eurozone, gemeinsames Budget – das alles riecht nach Eurobonds und Vergemeinschaftung von Schulden, die wir klar ablehnen. Es bleibt also spannend, inwieweit er sein ambitioniertes Programm umsetzen wird.

Während in Frankreich nach der Wahl ein Geist der Befreiung und der Entfaltung wirtschaftlicher Dynamik vorherrscht, sieht die politische Lage in Großbritannien anders aus.

Für die heimische Wirtschaft ist das Wahlergebnis ein Alarmsignal. Es steht in den Sternen, wann und mit

welcher Ausrichtung die Verhandlungen über die Modalitäten des Brexit verlaufen werden, aber das Enddatum steht fest. Ich habe schon früh vor Neuwahlen in Großbritannien gewarnt und nun leider Recht behalten: Ein schwächeres Verhandlungsmandat und weniger Zeit – selten ist ein politischer Schachzug so zum Rohrkrepierer geworden.

Die weiteren Entwicklungen in beiden Ländern ist zu beobachten. Wir sollten uns aber bewusst sein, dass die Europäische Union unsere Vergangenheit und erst recht unsere Zukunft ist. Es lohnt sich, an diesem Erfolgsmodell weiter zu arbeiten. Und dazu gehört es auch, die

Herausforderungen und Probleme der EU, wie beispielsweise die Niedrigzinspolitik der EZB, die die Sparer enteignet, offen zu benennen.

Mit dem Brexit steht Europa vor einer weiteren Herausforderung. Welche Rolle sollten Europa und Deutschland in den Verhandlungen spielen?

PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT: Der demokratisch entstandene Wunsch der Briten nach einem Brexit ist zu respektieren, auch wenn der dortige Wahlkampf mit 'Fake News' gespickt war. Als Freie Demokraten stehen wir für faire, aber harte Verhandlungen mit den Briten.

Steht das Erfolgsmodell Europa mit dem Austritt Großbritanniens an einem Scheideweg?

PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT: Die EU steht am Scheideweg und muss sich nun entscheiden: Will sie weiter so machen wie bisher, oder will sie ihren gemeinsamen Wertekanon und daraus entstandene Errungenschaften betonen und subsidiär weiterentwickeln. Statt mehr Macht, Ressourcen und Entscheidungsfindung auf allen Ebenen sollte sich die EU auf die Bereiche konzentrieren, bei denen Europa einen klaren Mehrwert bietet: Sicherheit unserer Außengrenzen, Schutz vor

„Wir sind deutschlandweit das Land der Familienunternehmen. Diese haben auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gezeigt, dass sie Arbeitsplätze erhalten und ihre Steuern hier bezahlen.“

Prof. Dr. Erik Schweickert

Terrorismus, Erschließung neuer Märkte durch Freihandelsabkommen, gerechte Verteilung von Flüchtlingen und eine Vereinfachung der komplizierten EU-Strukturen, die diesen Namen auch verdient. Es ist aber ein Unterschied, ob man Probleme benennt und Lösungsmöglichkeiten sucht oder plump gegen die EU hetzt. Dieses defätistische Vorgehen muss ein Ende finden. Wenn Europa eine Chance haben soll, müssen wir den Populisten entschieden entgegenzutreten, die mit der Maxime, 'Europa ist das Böse, deshalb wählt mich gefälligst', die Einheit Europas zerstören wollen.

„Wir brauchen Menschen, die nicht nur sagen, was getan werden müsste, sondern auch anpacken“

Über die aktuellen Entwicklungen in Mühringen ist Ortsvorsteherin Monika Fuhl glücklich, weil mit „der Sanierung der Ortsdurchfahrt und dem 2015 bewilligten Sanierungsgebiet an vielen Stellen etwas vorangeht.“ Zu einem Austausch lud die Stadträtin den Landtagsabgeordneten Dr. Timm Kern ins Mühringer Rathaus ein.

Um die Attraktivität der Dörfer aufrechtzuerhalten, ist es für Fuhl entscheidend, künftige Wohnformen an die Herausforderungen der Demographie und der Integration anzupassen. „Wir dürfen die Fehler der Achtziger und Neunziger nicht wiederholen, als sozialer Wohnungsbau konzentriert betrieben und daraus ein Integrationshindernis wurde“, sagte Fuhl. Als gelungenes Beispiel führte sie die Integration der 20 in Mühringen lebenden Flüchtlinge an: „Die zentrale Lage hilft und wir hatten bisher keine große-

ren Probleme.“ Sie forderte barrierefreie Wohnprojekte, die durch kleine Einheiten für ältere aber auch junge Menschen oder sozial Schwache attraktiv sind. Timm Kern bezeichnete den Vorschlag als vorwärtsgewandt.

„Allein sozialen Wohnungsbau fordern, ist zu wenig. Wir müssen die Rahmenbedingungen so setzen, dass es für Privateigentümer und Investoren auch in Dörfern attraktiv ist, zu investieren“, sagte er.

In Mühringen und anderen Dörfern werden Aufgaben im bürgerschaftlichen Engagement durchgeführt. Der FDP-Landespolitiker überzeugte sich davon im Archiv bei Hans Josef Ruggaber, der die Geschichte Mühringens in zwei Bänden aufgearbeitet hat. Aber auch handwerklich bringen sich die Bürger mit

ein, wie gerade bei der Sanierung von Sitzbänken für Spaziergänger. Die gute medizinische Versorgung mit Haus- und Zahnärzten wird ab Herbst durch einen weiteren Vor-Ort-Ersthelfer ergänzt, wie

die Ortsvorsteherin berichtete. „Für die Mühringer ist bürgerschaftliches Engagement ein Begriff. Wir brauchen Menschen,

die nicht nur sagen, was getan werden müsste, sondern auch anpacken“, lobte Timm Kern.

Er schaute sich bei einem Besuch 2013 an, wo dringender Handlungsbedarf für den Hochwasserschutz besteht. Auf seine Frage, ob es hier Fortschritte gibt, erklärte Monika Fuhl: „Gespräche mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe wurden geführt und wir erwarten zeitnahe Informationen über das weitere Vorgehen.“

„Allein sozialen Wohnungsbau fordern, ist zu wenig.“

Dr. Timm Kern



Brief an den Bevollmächtigten der Deutschen Bahn Baden-Württemberg, Sven Hantel zur Parkplatzsituation in Eyach

Sehr geehrter Herr Hantel,

von mehreren Kommunalpolitikern wurde ich auf die aus ihrer Sicht unbefriedigende Parkplatzsituation am Bahnhof in Eyach aufmerksam gemacht, worauf ich mir ein eigenes Bild vor Ort gemacht habe. Durch seine gute Anbindung nach Horb, Rottenburg und Tübingen ist der Bahnhof Eyach ein wichtiger Pendlerpunkt, der die Landkreise Freudenstadt und Tübingen verbindet. Aus der Gemeinde Eutingen und der Stadt Horb mitsamt den Teilorten steigen Bahnkunden in Eyach vom Auto um und nutzen die Kulturbahn. Da die Verkehrsträger Bus und Bahn gerade im ländlichen Raum noch nicht hinreichend getaktet sind, bleibt für viele Pendler nur das Auto, um die Bahnhöfe zu erreichen. Umso wichtiger wäre es, dass die Bahnkunden gute Parkmöglichkeiten nutzen könnten. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Pendler weiter steigt und vermehrt junge Menschen pendeln werden, um ihre Ausbildungsstätte zu erreichen. Dabei muss es zentrales Anliegen der Kommunen sein, den jungen Menschen gute Möglichkeiten der Mobilität zu bieten und sie so in der Kommune zu halten.

Durch die öffentliche Berichterstattung in den letzten Jahren habe ich mir weitere Informationen zur Parkplatzsituation in Eyach besorgt. Die aktuelle Anzahl an Parkplätzen ist alles andere als befriedigend, durch eine zu erwartende Zunahme an Pendlern wird die Situation weiter verschärft werden.

Auch wenn ich die Details der Eigentumsverhältnisse und Anforderungen der Deutschen Bahn nicht kenne, gibt es aus meiner Sicht jedoch Flächen, die mit wenig Aufwand, bspw. durch Einebnen mit Schotter, in nutzbare Parkbereiche gebracht werden können. Der Bürgermeister der Gemeinde Starzach, Thomas Noé, hat hierzu bereits 2014 ein konkretes Angebot von der Bahn angefordert bzw. an die Bahn gemacht. Der Gemeindebauhof von Starzach würde einen Teil der Bahnfläche im Bereich des Flurstücks 4602 mit Schotter befestigen. Diese Lösung ist leider aufgrund der von der Bahn geforderten Mietkonditionen und der erwarteten Übernahme der Verkehrssicherungspflicht durch die Gemeinde Starzach nicht zustande gekommen.

Es ist für viele Bürgerinnen und Bürger und auch für mich schwer nachvollziehbar, dass die Bahn einerseits das Ziel verfolgt, zusätzliche Bahnkunden zu gewinnen, andererseits aber durch hohe Erwartungen gegenüber den Kommunen eine pragmatische Parkplatzlösung für den Bahnhof in Eyach erschwert.

Im vorliegenden Fall sind die Handlungsbereitschaft der Gemeinde Starzach und die Flächenverfügbarkeit der Bahn gegeben. Angesichts dieser Situation wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Angelegenheit in Ihrem Hause nochmals prüfen und sich um eine pragmatische Lösung bemühen würden. Unser sicher gemeinsames Ziel ist es, dass der Bahnhof in Eyach in Zukunft durch angemessene Parkplätze noch besser zum Umstieg auf die Bahn genutzt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Dr. Timm Kern

Polizeigewerkschafter und FDP im Urteil über Polizeireform einig

Gewerkschafter sieht keinerlei Verbesserung durch die Polizeireform

Neben Änderung der Präsidien sollen auch Personalerhöhung und Technikausstattung die tägliche Polizeiarbeit verbessern

„Damit wäre die Nordschwarzwald-Region unter einem Dach und die bewährten Kooperationen im Bereich Wirtschaft und Tourismus sind positive Beispiele, die auf den existentiell wichtigen Sicherheitsbereich ausgeweitet werden müssen.“ Mit diesem Statement kommentierte der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern den neuen Vorschlag, den Landkreis Freudenstadt künftig einem Polizeipräsidium in Pforzheim anzugliedern. Diese Position vertritt auch Ralf Kusterer, der die Polizeireform aus dem Jahr 2013 unter dem SPD-Innenminister Reinhold Gall insgesamt kritisiert: „Die Reform hat sich in keinem Bereich bewährt, sondern die Unzufriedenheit unter den Polizisten massiv verstärkt.“ Kusterer ist

Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg und vertritt über 16 000 Mitglieder. In Baiersbronn sprach er mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Kern, der im Innenausschuss des Landtags arbeitet. Dieser fasste die kritische Haltung der FDP mit Blick auf die Polizeireform zusammen: „Mit der Reform hat die grün-rote Vorgängerregierung die Chance verpasst, unsere Polizisten für die Herausforderungen der gegenwärtigen Sicherheitslage entsprechend auszustatten.“ Die Gesprächspartner waren sich einig, dass mit

„Die Reform hat sich in keinem Bereich bewährt, sondern die Unzufriedenheit unter den Polizisten massiv verstärkt.“

Ralf Kusterer, Deutsche Polizeigewerkschaft BW

Blick auf die anstehende Evaluation aber weitreichendere Verbesserungen vorgenommen werden müssten und es mit der Veränderung der Präsidiumsstruktur allein nicht getan ist.

Ralf Kusterer diagnostizierte einen



Ralf Kusterer und Sarah Leinert, Deutsche Polizeigewerkschaft, mit Dr. Timm Kern

polizeilichen Bildungsnotstand in Baden-Württemberg. „Es ist ein Treppenzwischenraum, wenn unsere Polizisten Cyberkriminalität bekämpfen sollen, aber Ausbildungsstätten nicht einmal über breitbandiges Internet verfügen“, sagte er. Zu diesem Widerspruch fügte Timm Kern abschließend hinzu: „Wir müssen den Frauen und Männern bei der Polizei nicht nur in Sonntagsreden Respekt entgegenbringen, sondern auch durch Taten die personellen und materiellen Rahmenbedingungen ihrer täglichen Arbeit verbessern.“

„Es braucht unseren Einsatz, dass sich das niemals wiederholt“

Gewerbliche und Hauswirtschaftliche Schule Horb und Dr. Timm Kern organisieren Filmvorführung „Schindlers Liste“



„Wenn wir uns mit diesem Teil der deutschen Geschichte auseinandersetzen, wissen wir es wieder besser zu schätzen, dass wir heute in einem freien Land leben.“ So formulierte eine Schülerin ihre Eindrücke nach dem Film „Schindlers Liste“ an der Berufsschule Horb. Gemeinsam mit den Lehrerinnen Simone Hiller und Monika Reckert organisierte der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern die Filmvorführung für Schülerinnen und Schüler aus dem Technischen Gymnasium sowie der Berufsschule. Der 1993 von Steven Spielberg gedrehte und mit mehreren Oscars ausgezeichnete Film zeichnet die Geschichte des Industriellen Oskar Schindler nach. Anfangs als Lebewohlmann, der vom Krieg profitierte, beschäftigte der deutsche Industrielle im polnischen Krakau Juden aus SS-Arbeitslagern, kaufte sie am Ende sogar frei und rettete so über 1200 Menschenleben vor den Gaskammern der Nationalsozialisten. Jährlich organisiert Dr. Timm Kern eine solche Veranstaltung. „Weil nicht mehr viele Zeitzeugen leben, sind Schulen die wichtigsten Partner, um junge Menschen über die Gräueltaten des NS-Regimes zu informieren“, sagte er. Nach dem Film diskutierte der Landespolitiker mit den rund 70 Schülerinnen und Schülern. Diese schätzten den Film als eine gelungene Annäherung an das schwierige Thema ein. Ein Jugendlicher ergänzte, dass „der aufkommende Nationalismus in Verbindung mit Fremdenfeindlichkeit in vielen Staaten zeigt, dass wir uns mit gutem Grund auch heute noch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beschäftigen müssen.“ Diesen Eindruck griff Dr. Timm Kern auf und bestätigte, „dass ein übertriebener Nationalismus zu den Weltkriegen geführt hat.“ Die richtige Antwort darauf ist laut dem Landespolitiker „ein klares Bekenntnis für ein vereinigtes Europa.“ Seinen Schulbesuch in Horb schloss er mit einem Appell an die Berufsschüler: „Es braucht unseren Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, damit sich die dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte niemals wiederholen.“

„DIE Werkstatt“ verbindet ökologische Verantwortung und marktwirtschaftliche Vernunft

Firmenphilosophie: Ökologisches Bauen und wirtschaftlichen Erfolg vereinen

Reinhard Frick und sein Team wollen in Musbach erweitern

Das Musbacher Unternehmen „DIE Werkstatt“ gewann 2016 den Unternehmerpreis Freudenstadt-Nagold in der Kategorie „Nachhaltigkeit“. Der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern kam nun zum Firmenbesuch und sprach mit Geschäftsführer Reinhard Frick und Ortsvorsteher Joachim Böhm über Entwicklungsperspektiven in Musbach.

„Wir sind Pioniere von konsequentem baubiologischem, ökologischem Bauen. Wir planen und entwickeln Produkte, die Ökologie und Wirtschaft verbinden“, sagte Reinhard Frick über die Firmenphilosophie.

Beispiele dafür sind ökologische Farben, winddichte Fenster, nachhaltige Bodenbeläge und Dämmungen, die den Kohlenstoffdioxidausstoß reduzieren. „Leider bekommen wir für unsere eigene Farbpalette Öcolor nicht das Siegel „blauer Engel“, weil dafür ein schadstofffreier Inhalt entfernt werden müsste. In Öcolor ist aber nichts Schadstoffreiches enthalten.“ Solche und weitere Formen „praxisferner Bürokratie gilt es politisch zu ändern“, kommentierte Dr. Timm Kern.

Auch auf dem Markt können sich die Produkte sehen lassen: „Preislich liegen unsere Fenster im durchschnittlichen Bereich von Holz oder Aluminium. Langfristig entfallen die hohen Unterhaltungskosten und sind deshalb günstiger.“

Dr. Timm Kern lobte die Einstellung der Musbacher: „Wir brauchen Macher wie Sie, die ökologische Verantwortung und marktwirtschaftliche Vernunft zusammenbringen.“

„Wir sind Pioniere von konsequentem baubiologischem, ökologischem Bauen. Wir planen und entwickeln Produkte, die Ökologie und Wirtschaft verbinden“

Reinhard Frick, DIE Werkstatt

„DIE Werkstatt“ will in Musbach bleiben und erweitern, allerdings gibt es einige Herausforderungen, wie eine schwierige

Lage, Infrastruktur und fehlende Flächen. „Für die anstehenden Entscheidungen wünschen wir uns mehr Unterstützung von der Stadt Freudenstadt und Interesse an unseren Themen“, so Frick. Diesem Wunsch verlieh der Landtagsabgeordnete Dr. Timm Kern Nachdruck und sagte, dass „es im Landkreis Vorbilder gibt, die mit Ideen und Mut zu Hochburgen ihrer Branche wurden. Das kann auch in Musbach entstehen.“ Ortsvorsteher Joachim Böhm sagte zu, das Thema im Ortschaftsrat erneut aufzugreifen.



Benjamin Frick, Ortsvorsteher
Joachim Böhm,
Dr. Timm Kern und
Geschäftsführer
Reinhard Frick beim
Rundgang durchs
Unternehmen

Impressum | Kontakt | v.i.S.d.P.


Wahlkreisbüro:

Schillerstraße 14, 72160 Horb
Tel: 07451 5 53 97 49
Mail: info@timm-kern.de

Landtagsbüro:

Haus der Abgeordneten/Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart
Tel: 0711 20 63 933

Homepage: www.timm-kern.de

 www.facebook.com/KernTimm

 www.twitter.com/timmkern